TOP 5: Bundesratsinitiative zu einem Entwurf eines Gesetzes für mehr Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung im Bergbau

- Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau -

Beschluss:

- Der Ministerrat beschließt, den Gesetzantrag "Entwurf eines Gesetzes für mehr Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung im Bergbau" in den Bundesrat einzubringen.
- 2. Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (MWVLW) erhält im Hinblick auf das weitere Verfahren in Abstimmung mit der Staatskanzlei und dem Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität (MKUEM) Redaktionsvollmacht.

Erläuterungen:

Die vorliegende Bundesratsinitiative in Form eines Artikelgesetzes zur Änderung des Bundesberggesetzes (BBergG) und der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung von bergbaulichen Vorhaben (UVP-V Bergbau) dient der Umsetzung eines Vorhabens des Koalitionsvertrages Rheinland-Pfalz 2021 bis 2026, in dem darauf hingewiesen wird, dass viele Weichen für das Gelingen der Energiewende und einen wirksamen Klimaschutz auf Bundesebene gestellt werden (Seite 33).

Dementsprechend sind alle bundesgesetzlichen Regelungen entsprechend anzupassen, um den notwendigen Zubau von erneuerbaren Energien zu begünstigen und weitere Maßnahmen für den Klimaschutz anzuregen. Dies umfasst u.a. eine verstärkte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und vermehrte Transparenz bei bergrechtlichen Verfahren durch eine Änderung des BBergG und der UVP-V Bergbau.